

Einführung eines CO₂-Preises – Eckpunktepapier

Sachverhalt

In Deutschland wird zurzeit intensiv über einen CO₂-Preis als zusätzliches Lenkungsinstrument für mehr Klimaschutz in dem noch nicht dem EU-Emissionshandel unterfallenden Sektoren Verkehr und Wärme diskutiert. Auch im sogenannten „Klimakabinett“ wird die Bepreisung von CO₂ eine zentrale Rolle als ein Instrument zum Erreichen der deutschen Klimaziele spielen.

Denn anders als vielen ordnungsrechtlichen Instrumenten, wird einer CO₂-Bepreisung mehr marktliche und damit unter Kostengesichtspunkten optimale Lenkungswirkung nachgesagt. Ein nationaler CO₂-Preis kann die Energiewende sozial gerechter machen, darf aber nicht zu Mehrbelastungen für Unternehmen und private Haushalte in Deutschland führen.

Daher ist es aus Sicht des MITTELSTANDSVERBUNDES zwingend erforderlich, dass sämtliche Einnahmen aus einem CO₂-Preis auch an die Unternehmen zurückgegeben werden.

Warum wir einen CO₂-Preis brauchen

Um die nationalen und internationalen Klimaschutzziele zu erreichen, kommt es aus Sicht des MITTELSTANDSVERBUNDES darauf an passgenaue, am marktlichen Wettbewerb ausgerichtete, kostenoptimale Lösungen an den Start zu bringen. Heute wissen wir, dass die aktuell zur Verfügung stehenden Instrumente für die Zielerreichung nicht ausreichend, kostenintensiv und mit hohen bürokratischen Hürden verbunden sind. Eine CO₂-Bepreisung – das zeigen zumindest die Erfahrungen mit dem bereits für die Sektoren Energie und große Teile der Industrie auf EU-Ebene bestehenden Emissionshandel – hilft die Branchen fit für die Zukunft zu machen, die richtigen, kostenoptimalen Anreize zu setzen und gleichzeitig die Transaktionskosten zu begrenzen.

Dabei muss aus Sicht des MITTELSTANDSVERBUNDES gelten, dass jegliche Art von Bepreisung ein Höchstmaß an Planungssicherheit für den Mittelstand gewährleistet und unterm Strich nicht zu mehr bürokratischen Aufwand führt.



Der Mittelstand in Deutschland braucht einen verlässlichen CO2 Preis, der

- **unbürokratisch,**
- **wettbewerbsgerecht,**
- **aufkommensneutral und**
- **wirksam**

ist.

Die Einnahmen müssen wieder an die Wirtschaft und die privaten Haushalte zurückgegeben werden. Das Ziel kann nicht darin bestehen, die staatlichen Einnahmen auszuweiten! Der MITTELSTANDSVERBUND spricht sich hier für eine Senkung der Abgaben auf Strom, die in Deutschland im europäischen Vergleich mit am höchsten sind, aus.

Damit werden zusätzliche Anreize für Sektorkopplung und Energieeffizienz gesetzt und die einseitig hohe Belastung des Mittelstandes über den Strompreis deutlich reduziert. Insofern unterstreicht der MITTELSTANDSVERBUND ausdrücklich die Empfehlung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in ihrem Abschlussbericht vom Januar dieses Jahres.

Umsetzung einer CO2-Bepreisung – Keine Ausweitung des europäischen Emissionshandels (ETS)

DER MITTELSTANDSVERBUND setzt sich für ein vom bisherigen EU-Emissionshandel getrenntes System ein, denn nur so können aus Sicht des MITTELSTANDSVERBUNDES in den unterschiedlichen Sektoren ohne zusätzliche Belastungen passgenau Anreize für mehr Klimaschutz gesetzt werden.

Die schlichte Ausweitung des bereits bestehenden Instruments „Emissionshandel“ auf die Bereiche Verkehr und Gebäude ist nach Auffassung des MITTELSTANDSVERBUNDES nicht zielführend. Der Mittelstand braucht Planbarkeit und Berechenbarkeit. Kostenrisiken, wie volatile Preise eines Emissionshandels, sind Gift für Unternehmen, die auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen sind. Gerade der führende Mittelstand, der keine Ressourcen hat, um eigene Handelsabteilungen einzurichten, ist der unsicheren Preisentwicklung vollkommen ausgeliefert.

Zudem ist es zumindest streitig, ob eine Integration der Bereiche Wärme und Verkehr in den Emissionshandel ohne weiteres möglich wäre, wenn auf ein Inverkehrbringen von Kraft- und Brennstoffen und eben nicht auf die Freisetzung von Treibhausgasen, wie es die Emissionshandelsrichtlinie eigentlich festlegt, abgestellt würde. Auch dürften die CO2-Vermeidungskosten in den Bereichen Verkehr und

Wärme um ein Vielfaches über denen des Energie- und Industriesektors liegen, weshalb die erwünschte Lenkungswirkung bei Verkehr und Wärme entweder gar nicht oder nur unter erheblicher Belastung der Industrie eintreten würde.

Fazit

Ein CO₂ Preis ist gegenüber anderen Instrumenten wie dem EEG sinnvoll und zielführender; verlässlich und wirksam umgesetzt sorgt er für Innovation und eine nachhaltige, in die Zukunft gerichtete Entwicklung gerade auch des deutschen Mittelstandes. Bei seiner Einführung kommt es darauf an, die Belange der Unternehmen mitzudenken:

- Sie brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit, um ihre Investitionen u.a. am Klimaschutz auszurichten zu können.
- Als Spaltpilz der Wirtschaft, der die Lasten der Energiewende einseitig neben den Verbrauchern dem Mittelstand aufbürdet, muss das EEG endlich der Vergangenheit angehören.
- Es bedarf eines klaren Preispfades, da ein solcher erheblich einfacher in die Unternehmensstrategie zu integrieren ist, als etwa der volatile Emissionshandelspreis.
- Es muss glaubwürdig vermittelt werden, dass es dem Staat mit einem CO₂-Preis nicht um die Steigerung seiner Einnahmen geht, sondern um ein wirksames Lenkungssignal für den Klimaschutz.
- Die eingenommenen Mittel dürfen nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern müssen vollständig wieder in die betroffene Wirtschaft zurückgelenkt werden.

(Dr. Sabine Schäfer, 08.07.2019)